

Siemens VDO Würzburg: Widerstand gegen Arbeitsplatzverlagerung

Eine ganze Region kämpft

Wolfgang Dehen, der Chef von Siemens VDO, beherrscht das Geschäft der Sprachverdrehung perfekt. Der Siemens-Konzern will VDO Würzburg mehr oder weniger plattmachen: 1 250 Arbeitsplätze von 1 600 stehen zur Disposition. In der neoliberalen Sprache Dehens heißt das: »Wir wollen den Standort Würzburg dauerhaft sichern.«

Das versicherte er zumindest dem bayerischen Wirtschaftsminister Otto Wiesheu. Die Kolleginnen und Kollegen von VDO sehen das naturgemäß anders. Seit der Betriebsrat die Belegschaft über die Pläne der Geschäftsleitung informiert hat, gibt es Dauerprotest in Würzburg. Mitte April zum Beispiel bildeten die VDOLERinnen und VDOLER eine Menschenkette um den Betrieb.

Über 1 500, darunter auch Würzburger Bürgerinnen und Bürger, die sich mit den Beschäftigten solidarisch erklärten, beteiligten sich an der Aktion. Auf eineinhalb Kilometern Länge standen die Protestierenden dicht an dicht. Unter ihnen auch

Demonstrierenden vereint (vorne von links): 3. Bürgermeisterin Marion Schäfer (SPD), Landrat Waldemar Zorn (CSU), Oberbürgermeisterin Pia Beckmann (CSU)



Würzburgs Oberbürgermeisterin Pia Beckmann (CSU) und Landrat Waldemar Zorn (CSU).

Den Beschäftigten, dem Betriebsrat und der IG Metall ist es gelungen, in Würzburg ein breites Bündnis für den Erhalt von Siemens VDO zu organisieren. Werner Neugebauer,

Bezirksleiter der IG Metall in Bayern: »Dies ist ein wichtiger politischer Schritt. So wird dem Siemens-Konzern klargemacht, dass eine ganze Region für den Erhalt der Arbeitsplätze kämpft.« Aufgeschreckt durch die heftige Resonanz in der Öffentlichkeit, versucht die Geschäftsleitung ihre Pläne kleinzureden.

So hatte Siemens-Konzernchef Klaus Kleinfeld in einem Schreiben an den Würzburger CSU-Abgeordneten Wolfgang Bötsch behauptet: »Es ist nicht unsere Intention, 1 600 Arbeitsplätze nach Tschechien zu verlagern, sondern wir setzen alles daran, den Standort Würzburg nachhaltig zu sichern.«

Werner Neugebauer, der die konkrete Siemens-Planung eingesehen hat: »Herr Kleinfeld kennt entweder seinen eigenen Konzern nicht oder er lügt in dem Schreiben bewusst.« Als Alternative zur Schließung und

Menschenkette: Empörung über den Erpressungsversuch durch die Siemens-Konzernleitung

Verlagerung plant der Konzern Lohnkürzungen im Umfang von 20 Prozent: Die Geschäftsleitung will die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich einführen, die Kolleginnen und Kollegen sollen drei Jahre lang auf jegliche Einkommenserhöhung sowie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichten. Und dennoch würde nach den Siemens-Plänen die Hälfte der Belegschaft entlassen.

Dies alles fordert nicht etwa ein Unternehmen am Rande der Insolvenz, sondern ein Betrieb, der kerngesund ist. VDO fährt hohe Gewinne ein, der Standort Würzburg ist Spitzenreiter innerhalb der VDO-Gruppe.

Betriebsratsvorsitzender Wilhelm Sedelmayer: »Die Arbeitsplätze sollen alleine aus Gründen der Profitmaximierung verlagert oder vernichtet werden.«

Elektrohandwerk: Demonstration gegen die Verweigerungshaltung der Unternehmer

»Die Tariffucht lassen wir nicht durchgehen«

Für den »Landesinnungsverband des Bayerischen Elektrohandwerks« ist die IG Metall eine kleine Splitterorganisation, der sie vom Arbeitsgericht Frankfurt die Tariffähigkeit absprechen lassen will.

Bei einer Demonstration anlässlich der Mitgliederversammlung des Landesinnungsverbandes in Straubing zeigten rund

ihre Gewerkschaft und ihren Tarifvertrag zu verteidigen.

Die Elektroinnung weigert sich seit zwei Jahren, mit der IG Metall einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Begründung: Die IG Metall lasse sich nicht auf die Vorbedingungen der Unternehmer ein und habe sich so ihrer »Tarifverantwortung« entzogen.

Das ist ein starkes Stück: Denn die Arbeitgeber verlangen als Vorleistung, dass die Beschäftigten einer Reduzierung von Urlaub, sowie Weihnachts- und Urlaubsgeld zustimmen sollen. Dann würden die Unternehmer auch eine bescheidene Einkommensverbesserung gewähren.

Bartholomäus Pfisterer, Tarifsekretär bei der Bezirksleitung der IG Metall Bayern: »Damit würden die Kolleginnen und Kollegen ihre Tarifierhöhung aus der eigenen Tasche bezahlen.« Auf dieses Minussummen-Spiel kann und will sich die IG Metall nicht einlassen.

Gerademal 0,6 Prozent mehr bieten die Arbeitgeber an – doch nur dann, wenn die Beschäftigten auf zwei Urlaubstage ver-



Foto: (2) Werner Bachmeier

Elektroinnung dreht durch: 400 Beschäftigte kamen zur Spontandemo



400 Kolleginnen und Kollegen, dass die Innungsoberen offensichtlich ihren Wunschträumen erlegen sind: Die Elektrohandwerker der ach so schwachen IG Metall gingen auf die Straße, um

zichten. Ralph Dolibois, Betriebsratsvorsitzender bei Hörmann (Ingolstadt): »Die Unternehmer müssen wissen: Wir können auch anders...«. Hans Scheck, der Betriebsratsvorsitzende von Kreutzpointner: »Ich empfinde das Verhalten der Arbeitgeber als persönliche Beleidigung. Wir arbeiten hart und gut und wollen dafür auch gutes Geld sehen. Tariffucht lassen wir nicht durchgehen.« ◀

Kurz notiert

Ende des Tarifpokers bei Skimoden-Bogner

Der Ski- und Sportbekleidungsproduzent Willi Bogner wollte erst alles haben – dann aber bekam er gar nichts. Wie viele Unternehmer plante der Sunnyboy und weltberühmte Kameramann, die Arbeitszeit der Beschäftigten auf 40 Stunden in der Woche ohne Lohnausgleich zu verlängern – einfach so, bei blendendem Geschäftsgang und üppigen Gewinnen. Die Forderung der IG Metall nach einem Abschluss auf der Grundlage des Textilflächentarifvertrags wurde rundheraus abgelehnt – es sei denn, die Belegschaft würde drei Stunden pro Woche gratis arbeiten. Die Kolleginnen und Kollegen aber sahen das nicht ein, es sei denn, die Firma sei zum Sanierungsfall geworden. Dies aber wies Bogner entrüstet zurück, man hat ja einen Ruf zu verlieren und schloss dann doch ab: auf der Grundlage des Flächentarifs.

Vertrauensleute verabschieden Zweijahres-Programm

Arbeitsziel: Konfliktfähige Belegschaften

Die Vertrauensleute der IG Metall Bayern haben sich ein schwerwichtiges Arbeitsprogramm gegeben. Bei einer Vertrauensleutenausschuss-Sitzung Anfang April diskutierten die Kolleginnen und Kollegen zwei Tage lang, welche Schwerpunkte die gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten beiden Jahren haben soll.

2006 ist ein Schlüsseljahr: Tarifrunde, Betriebsratswahlen, Bundestagswahl. In diesem Jahr werden die Weichen gestellt für die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik.

Für die Vertrauensleute heißt das: Die Vorbereitungen für 2006 laufen ab sofort an. Der Schwerpunkt für die nächsten Monate ist unter anderem die Bildungsarbeit.

Mehr als ein Drittel der 10 000 bayerischen Vertrauensfrauen und -männer wurde erstmals ins Amt gewählt. Aus- und Fortbildung für die neuen wie die altdienten Vertrauensleute sind die Basis für eine erfolgreiche Arbeit in den Betrieben.

Hinzu kommt: Der für den Frühsommer zu erwartende endgültige Abschluss von ERA wird die gewerkschaftlich engagierten

Kolleginnen und Kollegen in allen Betrieben vor große Herausforderungen (und großen Schulungsbedarf) stellen.

Wesentliches Ziel der Vertrauensleutearbeit ist es, die Belegschaften konfliktfähig zu machen. Die Angriffe der Unternehmer auf die Arbeitszeit, das Einkommen, die Arbeitsplätze, den Flächentarifvertrag können nur abgewehrt werden, wenn die Beschäftigten sich zur Wehr setzen. Der Betriebsrat kann dies nicht stellvertretend übernehmen. Da müssen alle Kolleginnen und Kollegen ran. ◀

Sozialwahlen 2005

Mitbestimmung über viele Milliarden Euro

Alle sechs Jahre entscheiden die Versicherten über die Politik ihrer Sozialversicherung. Bei der letzten Wahl, 1999, machten nur 40 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Dabei sind die Sozialversicherungswahlen alles andere als eine Formsache. Die gesetzlichen Kassen unterliegen nämlich der Selbstverwaltung.

Das heißt: Nicht irgendein Vorstand wirtschaftet profitorientiert vor sich hin. Sondern die sogenannten Sozialpartner – also Arbeitnehmervertreter und Arbeitgeber – bestimmen gleichberechtigt über die Politik der Renten- und Unfallversicherung sowie der Krankenkassen.

Bei den Ersatzkassen hingegen sitzen alleine die Versicherten in der Selbstverwaltung. Zwar sind

die meisten Aufgaben der Kassen vom Gesetzgeber festgelegt. Dennoch gibt es einen erheblichen Spielraum für die Selbstverwaltung. Diese beschließt zum Beispiel über den Haushalt und wählt den Vorstand des Sozialversicherungsträgers.

Kirsten Rölke, IG Metall-Vorstandsmitglied: »Bei der BfA hat die Verteterversammlung zum Beispiel erreicht, dass die versicherungsfremden Leistungen inzwischen überwiegend vom Bund getragen werden.« Das kommt allen Versicherten zu gute. Dieser Tage werden die Briefwahlunterlagen zugestellt. Also: Brief öffnen, das Kreuz bei der Gewerkschaftsliste machen, Brief wieder abschieken. So einfach ist das. ◀



Elisabeth Kuhn,

Betriebsrätin bei SKF in Schweinfurt, Kandidatin der IG Metall bei der BfA

»Wir sollten die Mitbestimmung bei den Kassen nicht den Arbeitgebern überlassen.«



Wolfgang Förster,

BR-Vorsitzender bei AUDI Ingolstadt, Kandidat der IG Metall bei der BfA

»Die Kassensysteme müssen sich im Interesse der Arbeitnehmer weiterentwickeln.«



Manfred Schoch,

Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender BMW, Kandidat der IG Metall bei der BfA

»Das Sozialsystem in Deutschland hat sich bewährt und sollte erhalten bleiben.«



Marion Tögel,

BR Linde AG, ehrenamtliche Arbeitsrätin, Kandidatin der IG Metall bei der TKK

»Durch unser Engagement haben wir die Möglichkeit echter Interessenvertretung.«

Neuer Vorstand beim Migrationsausschuss

»Wir wollen besser in den Gremien vertreten sein«

Als eine der ersten Organisationen war die IG Metall bereits in den späten fünfziger Jahren in der Lage, Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland (damals Gastarbeiter genannt) eine gesellschaftspolitische Heimat zu geben.

Die Ausländerausschüsse auf allen Ebenen der IG Metall gehören zu den besonders aktiven Gliederungen. Bis heute aber sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit nicht ihrer Mitgliederzahl entsprechend in den gewerkschaftlichen Gremien vertreten. Das hat vielfältige Gründe. Der Migrationsausschuss im Bezirk Bayern

(so heisst der frühere Ausländerausschuss seit kurzem) hat sich vorgenommen, das zu ändern. Zum Beispiel bei der Betriebsratswahl. Der neue Vorstand des Migrationsausschusses (Metin Isik, Waqar Hayat und Ismet Coeloglu) will bereits jetzt beginnen, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden und zu fördern.



Neuer Vorstand beim Migrationsausschuss: Waqar Hayat (Mitte), Ismet Coeloglu (rechts), links Bezirkssekretär Johann Schredl

Damit soll ein Teil des Ausländerförderprogramms der IG Metall vom April 2003 umgesetzt werden. Metin Isik, der neue Ausschussvorsitzende: »In diesem Programm heisst es zum Beispiel, dass für die Wahlen konkrete Absprachen bei den Kandidatenlisten zu vereinbaren sind. Das wollen wir jetzt umsetzen.«

Nach dem Willen des Migrationsausschusses sollen in Zukunft auch vermehrt deutsche Kolleginnen und Kollegen in dem Gremium mitarbeiten. Waqar Hayat: »Migrationspolitik ist ein brisantes Politikfeld, das nicht nur sogenannte Ausländer interessieren sollte.«

Ismet Coeloglu findet, dass mehr Migrantinnen und Migranten in den Gremien der IG Metall vertreten sein sollten. Das steht zwar so im Förderprogramm der IG Metall – nur die Umsetzung scheint verdammt schwierig zu sein... ◀

Einigung bei AUDI

In der Öffentlichkeit gab es aufgeregte Spekulationen, als bekannt wurde, dass die AUDI-Geschäftsleitung mit dem Betriebsrat und der IG Metall in Verhandlungen eingetreten war. Entgegen den Erwartungen vieler wirtschaftsfreundlicher »Fachleute« kam es aber nicht zur großen Einsparungs-Orgie auf Kosten der Belegschaft. Die Tarifparteien einigten sich vielmehr auf einer vertretbaren Grundlage. Die Kernpunkte: Der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2011, der Erhalt der Ausbildung im Unternehmen, die Rückführung bereits ausgelagerter Tätigkeiten ins Unternehmen zurück, der Verbleib der »industrienahen Dienstleistungen« wie Gastronomie und Sicherheitsdienst unter dem Dach von AUDI. Das erhält das gute Lohnniveau, es wurde aber mit einer Arbeitszeitverlängerung auf 37 Stunden erkaufte.

Altersteilzeiter in der Freistellungsphase Zuviel gezahlte Beiträge?

Mitte Februar haben wir unseren Mitgliedern in Altersteilzeit empfohlen, die zuviel gezahlten Krankenversicherungsbeiträge erstatten zu lassen.

Leider machen bei der Rückerstattung die Krankenkassen, insbesondere AOK und TK, Probleme. Sie teilen den Betroffenen mit, dass ein Erstattungsantrag nur über den Arbeitgeber erfolgen könne, weil dieser die Beiträge abführe. Damit handeln die Krankenkassen rechtswidrig.

Die Arbeitnehmer haben den Arbeitnehmerbeitrag zur Krankenversicherung abgezogen bekommen. Deshalb steht auch ihnen selbst die Rückerstattung des zuviel gezahlten Beitrags zu. Die Krankenkassen sind verpflichtet, den Antragstellern diesen zurückzuzahlen.

Bei einer Rückerstattung über den Arbeitgeber muss damit gerechnet werden, dass er die

Rückerstattung mit dem Aufstockungsbeitrag zur Altersteilzeit verrechnet, was nicht zulässig ist.

Das heißt schlimmstenfalls: Der Betroffene erhält keine oder nicht die volle Erstattung, wenn das Ganze über den Arbeitgeber läuft.

Widerspruch einlegen

Daher empfehlen wir unseren Mitgliedern, bei der Krankenkasse auf Rückerstattung zu bestehen und zwar auch dann, wenn die Krankenkasse einwendet, sie werde den Erstattungsanspruch mit künftigen Beiträgen verrechnen oder sie habe den Anspruch bereits an den Arbeitgeber erstattet. Lehnt die Krankenkasse durch Bescheid den Erstattungsanspruch ab, muss gegen diesen Bescheid Widerspruch eingelegt werden. Hierbei sind wir gerne behilflich.

IG Metall-Arbeitskreise informierten Selbsthilfetage in der City

Am 25. und 26. Februar waren in der City-Galerie die Aschaffburger Selbsthilfetage. Zahlreiche Initiativen boten hier Informationen und Hilfestellungen für Menschen mit gesundheitlichen Problemen und Behinderungen an.

Die IG Metall – Arbeitskreise Arbeitssicherheit und Schwerbehinderte betreuten ebenfalls über zwei Tage einen eigenen Informationsstand. Die zwanzig »Aktivisten« der Arbeitskreise boten so zahlreichen Besuchern des Informationsstandes die Möglichkeit, sich über alle Themen der Bereiche Arbeitssicherheit und Schwerbehinderung zu informieren. Schwerpunkte des Infostands waren die gesundheitliche Prävention in der Arbeitswelt im Metallbereich und hier insbesondere die Verhinderung von Wirbelsäulenerkrankungen durch richtiges Heben

und Tragen. Gleichzeitig konnte etlichen Interessenten, die unter chronischen Erkrankungen leiden die Antragstellung auf Feststellung der Behinderteneigenschaft empfohlen werden. Hierzu bekamen die Betroffenen auch hilfreiche Tipps für eine erfolgreiche Anerkennung als schwerbehinderte Menschen. Auffallend waren ebenfalls die zahlreichen Nachfragen wegen Behinderungen und entsprechende Hilfestellungen bei Kindern. Zusätzlich erhielten die Stand-Besucher noch wichtige Informationen als Hilfe bei Berufserkrankungen, Erwerbsminderungs- und Altersrenten. Mit diesem Infostand der IG Metall konnte sich unsere Gewerkschaft zum zweiten Mal in diesem Rahmen als wichtige sozialkompetente Organisation der Öffentlichkeit präsentieren. (Karlheinz Wissel)

IG Metall-Jugend Aschaffenburg Neue Leitung gewählt

In der Ortsjugendkonferenz der IG Metall-Jugend Aschaffenburg mit 40 Auszubildenden und Jugendlichen aus den Ausbildungsbetrieben der Region Untermain wurde das Leitungsteam für den Ortsjugendausschuss neu gewählt.

Die Konferenz stand unter dem Motto: »Wir können auch anders!« Damit wollen die aktiven Metallerinnen und Metaller für ihre Alternativen einer anderen Politik werben.

In Workshops wurden die Themen Bildung, Gesundheit, Rente und Einkommen näher beleuchtet. Darüber hinaus stand das Problem mit den fehlenden Ausbildungsplätzen auf der Tagesordnung.

Trotz Ausbildungspakt mit der deutschen Wirtschaft blieben im

aktuellen Ausbildungsjahr bei der Arbeitsagentur Aschaffenburg zirka 1000 Jugendliche mit einem betrieblichen Ausbildungsplatz unterversorgt. Die zu erwartenden Zahlen für dieses Jahr versprechen auch weiterhin nichts Gutes. Alarmierend ist die Jugendarbeitslosigkeit im Februar. Bundesweit gab es fast 680 000 jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren. Das sind 150 000 mehr als zum gleichen Monat vor einem Jahr. Das ist ein Anstieg von knapp 30 Prozent. Die IG Metall-Jugend sagt dazu: »Wir können auch anders!«

Wir fordern deshalb alle aktiven Metaller auf, Einfluss auf die Festlegung der Ausbildungsquote zu nehmen, damit diese nicht verringert, sondern erhöht wird.

»Wir können auch anders« Aktionsfestival in Nürnberg

Am 18. Juni trifft sich die IG Metall-Jugend in Nürnberg.

Mit etwa 20 000 Jugendlichen werben wir für unsere Alternativen in Wirtschaft und Politik, bevölkern die Nürnberger Innenstadt und feiern zu der Musik

von »Gentlemen« und »H-Blockx«. Wir starten aus Aschaffenburg mit drei Bussen. Für lediglich fünf Euro bist du mit dabei. Karten erhältst du über deine JAV oder direkt über uns. Achte auf die Infos.



Mit großer Mehrheit wurden die vier Mitglieder in der Leitung des Ortsjugendausschusses der IG Metall-Jugend bestätigt: Silke Bäckmann (Firma Linde AG, Werk III), Dominik Furth (Firma Bosch Rexroth AG, Lohr), Dennis Weber (Firma Mahle GmbH, Alzenau) und neu hinzu kam Philipp Kraussmann (Firma Linde AG, Werk II)

Gespräch mit Michael Pfeiffer

Der neue Kollege ist da

Die IG Metall Augsburg ist wieder komplett. Mit Michael Pfeiffer ist der fünfte Hauptamtliche »an Bord«. metall sprach mit dem neuen Gewerkschaftssekretär.

metall: Zuerst Michael, woher kommst Du?

Pfeiffer: Eigentlich komme ich aus Peine in Niedersachsen. Gearbeitet habe ich zuletzt bei einem großen Kabelhersteller in Hannover.

metall: Und warum jetzt Augsburg?

Pfeiffer: Ich habe mich auf die Ausschreibung beworben. Das Profil war sehr interessant. Es entsprach meinem bisherigen Schwerpunkt als Betriebsrat und IG Metalller.

metall: Inwiefern?

Pfeiffer: Entgeltfragen sind mein Spezialgebiet. Mit dem neuen Entgelttarifvertrag ERA habe ich viel Erfahrung. Im Bezirk Hannover wird er seit zwei Jahren umgesetzt. Die Augsburger haben diese Erfahrung gesucht.

metall: Wann kommt ERA in Bayern?

Pfeiffer: Dieses Jahr noch wird

der neue gemeinsame Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte kommen. Wir stehen in den Startlöchern und treffen alle Vorbereitungen.

metall: Welche weiteren Aufgaben hast Du in der Geschäftsstelle?

Pfeiffer: ERA ist die zentrale gewerkschaftliche Herausforderung der nächsten Jahre. Weiter bin ich für den Angestellten- und Handwerksbereich zuständig. Ich mache Betriebsbetreuung wie die Kollegen und eben gewerkschaftliche Alltagsarbeit.

metall: Was sind Deine ersten Eindrücke?

Pfeiffer: Erst einmal, ein tolles Team in der Geschäftsstelle. Und die Betriebsstruktur ist auch optimal. Nicht dominiert durch einen Großbetrieb, wie VW in Hannover. Außerdem rund 50 Betriebe im Arbeitgeberverband, branchen- und größtmäßig gut durchsortiert.

metall: Deine nächsten Schritte?

Pfeiffer: Fuß fassen. Kolleginnen und Kollegen kennenlernen. Und gemeinsam die ersten Projekte anpacken.



Der Neue in der Geschäftsstelle: Gewerkschaftssekretär Michael Pfeiffer, Schwerpunkt Entgelt und ERA

Erfolgreicher Rechtsschutz 2004

Wenn der Chef nicht zahlt

Erfolgreiche Bilanz – IG Metall Augsburg legt Rechtsschutzzahlen für das Geschäftsjahr 2004 vor.

Im Arbeits- und Sozialrecht wurden letztes Jahr 312 Verfahren entschieden. Dabei konnten 782 693 Euro erstritten werden. Beim Arbeitsrecht (170 Fälle) ging es um Entschädigungen bei Kündigung und Arbeitsentgelten. Beim Sozialrecht wurden 42

Verfahren aus den Bereich Schwerbehinderung gewonnen. Viele Erfolge konnten aber auch bei Fällen in der Arbeitslosen-, Renten- und Unfallversicherung errungen werden. Christiane de Santana, zuständige Rechtssekretärin: »Kompetenter, erreichbarer und vor allem kostenloser Rechtsschutz hat für unsere Kolleginnen und Kollegen immer größere Bedeutung.«

Unterstützung bei allen Fragen rund um das Mitglied 72 08 90 – Hier werden Sie geholfen

Die IG Metall-Geschäftsstelle Augsburg, Am Katzenstadel 34, ist ein »Servicepoint« für alle IG Metall-Mitglieder.

Von Montag bis Freitag stehen acht Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle den Mitgliedern als Ansprechpartner zur Verfügung. Maria Bordan gibt gemeinsam mit Marion Kalinna im Empfangsbereich allgemeine Auskünfte und Informationen. In ihr Ressort fallen auch die Freizeitunfälle, während Marion Kalinna speziell die Mitglieder aus dem Textil-, Holz- und Kunststoffbereich betreut. Für die Mitglieder aus dem

Metall- und Elektrobereich steht Marion Schiller mit Rat und Tat zur Seite. Sie korrigiert Anschrift, Bankverbindungen und Gewerkschaftsbeiträge.

Das Geschäftsführungssekretariat wird von Anneliese Schnürle und Manuela Walter geleitet. Von diesen beiden Mitarbeiterinnen werden auch das Veranstaltungsmanagement und die Kassenangelegenheiten gemeistert.

Inge Jeschek ist für die Bereiche Bildung und Rechtsschutz zuständig. Hier werden ebenso die Termine für die Sprechstunden in Sachen Arbeits- und Sozi-

alrecht (Dienstag und Donnerstag, nachmittags) koordiniert.

Beatrix Lehmann leitet die Außenstelle des DGB-Bildungswerks. Die Bildungs- und Schulungsveranstaltungen für Betriebsräte werden über diese Stelle abgewickelt. Waltraut Früh berät in Lohn- und Einkommensteuerfragen. Diese Beratung erfolgt gegen Gebühr.

Der Prospekt »Gute Leute – Starke Leistungen« listet die Ansprechpartnerinnen in der Geschäftsstelle mit Bild, Telefonnummer und Zuständigkeitsbereich auf. Er ist kostenlos erhältlich.

Mai-Feier 2005

Demonstrationszug

9.30 Uhr ab Moritzplatz

Kundgebung

10.15 Uhr, Freilichtbühne Mit:

Helmut Jung, DGB
Karl Bauer, Walter-Bau
OB Dr. Paul Wengert
und

Kabarett Geisterfahrer,
Gentleman Brass

Lokalbahnfahrt

14 Uhr ab Lokalbahnhof
Fahrkarten: Buchhandlung am
Obstmarkt Maiabzeichen
Berechtigt am 1. Mai Benutzung des ÖPNV Tarifbereich 10 und 20

Verlagerung Buchhaltung bei INA Schaeffler

Unsicherheit trotz Beschäftigungsvereinbarung

Die allerletzten Details für die Standortvereinbarungen sind noch nicht ausgehandelt, aber die Geschäftsführung will von Beschäftigungssicherung schon nichts mehr wissen.

Es hätten freudvolle Betriebsversammlungen werden können bei INA Schaeffler in Herzogenaurach. Aber die Ankündigung mehrerer Verlagerungen und eine schriftliche Stellungnahme des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Schaeffler Gruppe, Herrn Dr. Geissinger, führten zu heftigen Protesten aus der Belegschaft.

Dr. Geissinger kartete nach und definierte in seinem Brief an die Belegschaft die Beschäftigungsvereinbarung zu einer bloßen Standortsicherung. Gleichzeitig drohte er trotz mate-



Mit Ihrer Aktion in der Betriebsversammlung zeigten die Kolleginnen und Kollegen der Buchhaltung, dass sie sich nicht mit einfachen Beschwichtigungen – es seien ja auch FAG'ler von Schweinfurt nach Herzogenaurach versetzt worden – abspeisen lassen wollen

rieller Zugeständnisse im Gegenzug zur Beschäftigungssicherung an, dass die INA Gruppe zukünftig nur noch im Ausland expandieren werde. So deutlich trat der Gegensatz im Umgang miteinander zwischen der bisherigen Kultur der »INA-Familie« und dem Vorsitzenden der Geschäftsführung bisher noch nie zu Tage.

Der Sinn einer Verlagerung von 50 Arbeitsplätzen von Herzogenaurach nach Schweinfurt konnte ebenfalls nicht erklärt werden. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen zündeten für jeden gefährdeten Arbeitsplatz in Herzogenaurach eine Kerze an. Etwa 1 300 Anwesende in der überfüllten Feuerwehrhalle solidarisierten sich mit den Kolleginnen und Kollegen der Buchhaltung.

Rhode bei FANP



Wolfgang Rhode, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, besuchte am 15. April die FANP Erlangen. Neben Gesprächen mit Betriebsräten und Vertrauensleuten führte er ein Gespräch mit FANP-Chef Dr. Ralf Güldner zu Fragen der Kernenergie. Die Fortsetzung der Gespräche wurde vereinbart. An dem Gespräch nahmen auch Otto Zach (stellvertretender Betriebsratsvorsitzender) und Wolfgang Niclas (IG Metall-Betreuer und FANP-Aufsichtsratsmitglied) teil.

Jugendaktionsfestival in Nürnberg

»Wir können auch anders«

Auf dem mittelfränkischen Jugendseminar (SENF) starteten die ersten konkreten Vorbereitungen für den bundesweiten Jugendaktionstag am 18. Juni in Nürnberg.

An den insgesamt drei Sammelpunkten Maffeiplatz, Aufseßplatz und Kornmarkt werden Bodenplakate zum Thema Ausbildung ausgelegt: ein Weg mit Grabsteinen, der die Ausbildungssituation verschiedener Betriebe in

der Region widerspiegelt. Eine besondere Aktion erwartet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Vestnertorgraben/Burg, die wir aber erst in der nächsten metall-Ausgabe verraten werden.



Erfolgreich gelungen

Die erste JAV-Infostunde

Die erste JAV-Infostunde am 6. April war mit 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht.

In diesem ersten Treffen wurden Informationen zur JAV und

BetrVG sowie Berufsbildungsgesetz von den JAVis gewünscht.

Die nächsten JAV-Infostunden sind am 3. Mai, 14. Juni und 12. Juli. Die Einladungen folgen in Kürze.

Termine

60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus

Einladung des DGB Erlangen zur mahnenden Erinnerung und Beratung der Fragen »Wie konnte es passieren? Was sind die Konsequenzen heute?«

7. Mai um 19 Uhr im IG Metall-Saal, Friedrichstraße 7 in Erlangen.

Es sprechen:
Prof. Dr. Reinhard Kühnl
(Faschismusforscher Uni Marburg)

Dr. Johannes Wilkes liest aus seinem Buch »Der Streichholzjunge«

Klaus Gasseleder liest aus seinem Buch »Zwei Gesichter – Geschichten einer fränkischen Stadt im Faschismus«

Gegen Arbeitgeber-Dumping-Kurs

Tarifflucht im Kfz-Handwerk

Bundesweit protestierten am 9. März in Göttingen Kolleginnen und Kollegen aus dem Kfz-Bereich gegen den Arbeitgeber-Dumping-Kurs.

Die Situation im Handwerksbereich und insbesondere im Elektro- und Kfz-Bereich ist, sagt Kollegin Englhard, mittlerweile dramatisch. In Ostdeutschland haben alle Landesinnungsverbände des Kfz-Handwerks die Tarifverträge gekündigt. Sie erklärten sich plötzlich für Verhandlungen mit der IG Metall als nicht zuständig. Verhandeln soll künftig eine Tarifgemeinschaft »Mitteldeutsches Kraftfahrzeuggewerbe«, die sich Mitte Januar gegründet hat. Auch in den alten Bundesländern sind tarifliche Standards bedroht. In Bayern haben sich sieben handwerkliche OT-Verbände (OT = ohne Tarifbindung) gebildet. Ziel der Arbeitgeberaktion: Tarifliche Leistungen und Schutzbestimmungen für die Beschäftigten auszu-

hebeln. Da auch der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen und der Bundesmontage-Tarifvertrag gekündigt wurde, weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass alle IG Metall-Mitglieder durch den nachwirkenden Schutz des Tarifvertrages erstmal keine unmittelbaren Einkommensverluste zu befürchten haben. Die Mitgliedschaft in der IG Metall zahlt sich also auf alle

Fälle aus. Wer noch vor Ablauf der Tarifverträge Mitglied der IG Metall wird, erlangt noch den Schutz des Tarifvertrags. Beschäftigte, die erst nach dem Ende des Tarifvertrags neu eingestellt werden, kommen nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes dagegen nicht mehr in den Genuss der Nachwirkung. Nähere Infos über das Betriebsratsbüro oder die IG Metall.



Aktionstag des Kfz-Handwerkes in Göttingen: engagierte Betriebsräte aus Kfz-Betrieben in Ingolstadt

Zehn Jahre Bayernstreik

Die Verwaltungsstelle Ingolstadt erinnert

Lebhafte Erinnerungen über die Erlebnisse und Erfahrungen während des Bayernstreiks vor zehn Jahren prägten die Reden zu diesem denkwürdigen Ereignis.

In seiner Laudatio erinnerte der damalige Bevollmächtigte, Siegfried Hörmann, an die schwierige Auseinandersetzung bei Rietter. Dazu gehörte nicht zuletzt auch der von der Unternehmensleitung forcierte Einsatz von Streikbrechern. Aber auch diese und viele andere Schwierigkeiten konnten mit Hilfe der besonnenen Streikleitung vor Ort gemeistert werden. Johann Horn, Erster Bevollmächtigter der Ingolstädter IG Metall, verwies im Zusammenhang mit der erfolgreich geführten Ausein-



Von links: Erich Seehars, Johann Horn, Siegfried Hörmann, Gerhard Hyna

dersetzung auf die notwendige Sicherung der Tarifstandards. Bis heute haben die Arbeitgeber

nicht wirklich ihren Frieden mit der erstrittenen Arbeitszeitverkürzung gemacht.

Kurz notiert

Axel Grüning, Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses der ZDK, schrieb in einem Gastkommentar in unserem Kfz-Branchenmagazin: (Nr. 1/2000) »Aus verbandspolitischer Sicht ist es in Zukunft unabdingbar, die Betriebe von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Flächentarifvertrages zu überzeugen. Tarifverträge sind nicht nur nützlich, sondern auch überlebensnotwendig«. Dagegen propagiert Hannes Brachat, Herausgeber der Zeitung AUTOHAUS, die Vorteile eines Betriebes ohne Tarifbindung. Ein Kfz-Betrieb ohne Tarifbindung kann zwei Wochen weniger Urlaub vereinbaren, auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten und die 6-Tage-Woche mit 48 Stunden einführen. So sieht die gesetzliche Lösung aus. Sie ist anzustreben. Tolle Aussichten für die Beschäftigten, nicht wahr? Welche Auswirkungen dies individuell auf die Beschäftigten und nicht zuletzt auch auf das Konsumverhalten der Arbeitnehmer hat, ist diesen Herrschaften völlig gleichgültig. Ohne Tarifverträge würde den Beschäftigten im Handwerk der Boden unter den Füßen weggezogen. Trotzdem glauben die Arbeitgeber offenbar die »Gunst der Stunde« nutzen zu können. Zeigen wir ihnen, dass es die Gunst der Stunde nicht gibt und dass sie sich die Zähne an den Tarifverträgen ausbeissen.

Handwerksausschuss Neu gewählt – Wir gratulieren

Einstimmig als Vorsitzender des Handwerksausschusses der Verwaltungsstelle Ingolstadt wiedergewählt: Günther Schiller (Firma Hofmann & Wittmann). Neu in das Amt gewählt wurde sein Stellvertreter Josef Krammel von der Firma Willner.

Informationsveranstaltung für Senioren zur derzeitigen Sozialpolitik

»Rentnern geht es an den Geldbeutel«

Am 11. April war im Gasthaus Frauenbauer in Altdorf eine Veranstaltung für die IG Metall Seniorinnen und Senioren. Als Referenten konnten die beiden Bevollmächtigten Robert Grashei und Birgit von Garrell den IG Metall Bezirkssekretär Ludwig Huber und von der AOK Landshut Herrn Strasser begrüßen.

Ludwig Huber ging in seinem Referat auf die Neuregelungen der Rente ab 2005 ein. Dabei stellte er fest, dass besonders die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner mit erheblichen Kürzungen zu rechnen haben. Durch die vom Gesetzgeber beschlossenen Maßnahmen beginnt die stufenweise Abkehr von der gesetzlichen Rentenversiche-



Ludwig Huber: »Die Bundesregierung betreibt bei den Rentnern Sozialklausur« – da waren sich alle Anwesenden einig

rung. Die dadurch entstehenden finanziellen Lücken sollen durch individuelle Vorsorge gelöst werden. Dadurch verabschieden sich die Arbeitgeber immer mehr aus der paritätischen Finanzierung. Schon jetzt zeigt sich, dass private Vorsorge mehr kostet – oder weniger Leistungen erbringt. So wird sich in den kommenden Jahren das Problem der Altersarmut verschärfen.

Herr Strasser von der AOK

Landshut stellte in seinem Referat die Leistungen zur Pflegeversicherung dar. Zudem erläuterte er die Zugänge zu den verschiedenen Pflegestufen und erklärte den Leistungskatalog. In der anschließenden Diskussionsrunde kritisierten die Seniorinnen und Senioren die Maßnahmen der Bundesregierung in der Sozialpolitik. Arbeitnehmer, Kranke, Arbeitslose und Rentner werden immer mehr zur Kasse gebeten. Zugleich gewährt man den Unternehmen trotz Rekordgewinne immer mehr Vergünstigungen.

Gegen Ende der Veranstaltung bedankte sich der Erste Bevollmächtigte Robert Grashei bei den beiden Referenten für die

umfangreiche Berichterstattung. Zudem kündigte er an, dass in Zukunft regelmäßig Infoveranstaltungen für die IG Metall-Senioren angeboten werden. »Die Senioren sind ein wichtiger Bestandteil unserer Organisation. Deshalb ist die Mitgliedschaft im Ruhestand sehr wichtig. Nur gemeinsam können soziale Ungerechtigkeiten verhindert werden« fügte Robert Grashei noch an.



Detailliert erklärte Herr Strasser von der AOK Landshut die Leistungen der Pflegeversicherung

Gedenkveranstaltung zu 60 Jahre Kriegsende

»Erinnern und Gedenken«

Die Verwaltungsstelle Landshut wird am 10. Juni zur Erinnerung an das Kriegsende vor 60 Jahren eine Gedenkveranstaltung in Landshut organisieren.

Bei dieser Veranstaltung wird der Zeitzeuge Otto Schwerdt einige Passagen aus seinem Buch »Als Gott und die Welt schliefen« vortragen. Zudem steht Otto danach noch für Fragen zur Verfügung. Musikalisch umrahmt wird die Gedenkveranstaltung von dem Braunauser Musikschule, die Lieder und Texte von Kurt Tucholsky und Bertold Brecht vortragen werden.

Der gebürtige Braunschweiger Otto Schwerdt und seine Familie haben unter dem Nazi-Terror einen heute kaum mehr vorstellbaren Leidensweg antreten müssen. Schwerdt war in den Konzentrationslagern Fünfteichen, Auschwitz, Groß-Rosen, Leitmeritz und Theresienstadt interniert. Außer ihm überlebte nur noch sein Vater die Tyrannei

des KZ-Systems. Seine Lebensgeschichte hat der heute 82jährige vor einigen Jahren in einem Buch niedergeschrieben. Für Otto Schwerdt geht es nie um eine Kollektivschuld. Sein innigster Wunsch ist es, dass vor allem junge Menschen aus der Geschichte lernen, damit derartige Greuel nie wieder passieren können. In Kürze wird die Verwaltungsstelle die entsprechenden Einladungen in die Betriebe verschicken.



Otto Schwerdt, unermüdlich tritt er ein für Mut und Courage und ist damit besonders der Jugend ein Vorbild

IG Metall Konferenz der Holz-Kunststoffbranche

»Diesmal ist es sehr ernst«

Am 29. April veranstaltete die Verwaltungsstelle Landshut eine im Tagungshotel Kongressissimo in Vilsbiburg eine Branchenkonferenz für die Betriebe aus der Holz- und Kunststoffbereich.

Kurt Kreuzer, Sekretär in der Verwaltungsstelle Landshut, stellte gemeinsam mit Johann Schredl, Bezirkssekretär in Bayern die tarifliche und wirtschaftliche Situation in der Branche vor. So haben die Arbeitgeber die Tarifverträge in der Holzverarbeitenden und holzbearbeitenden Industrie sowie im Möbelhandel gekündigt. Durch eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und zusätzlicher Streichung tariflicher Leistungen soll der wirtschaftliche Einbruch in den Branchen von den Beschäftigten ausgeglichen werden. Die anwesenden Funktionäre schilderten im Anschluss die Lage in den betroffenen Betrieben und was die Belegschaften darüber denken. Alle waren sich einig,



Branchensekretär Kurt Kreuzer: »Es ist an der Zeit, dass die Beschäftigten aus der Holz- und Kunststoffbranche gemeinsam Widerstand leisten«

dass nur eine gemeinsame Informationspolitik von Vertrauensleuten und Betriebsräten in Verbindung mit der IG Metall eine Sicherung der Tarifverträge gewährleistet.

Lohnverzicht hilft nicht

Kurt Kreuzer brachte es auf den Punkt: »Ohne Druck – kein Ruck«. Wenn auch in Zukunft noch Tarifverträge gelten sollen, nach denen unsere gute Arbeit auch bezahlt wird, dann müssen wir uns jetzt wehren. Lohnverzicht und länger arbeiten verschärft nur den Konkurrenzdruck zwischen den Betrieben.

Infineon-Belegschaft wehrt sich

»Pläne zur Schließung sind eine Sauerei«

Er begann mit einer stürmischen Betriebsversammlung am Donnerstag und ging mit einer Kundgebung am Samstag weiter: der Protest der Beschäftigten gegen die geplante Schließung der Infineon Chipfertigung in München.

Neben Anwohnern, welche die Folgen des Verlusts von 1000 Arbeitsplätzen für den Stadtteil fürchten, beteiligten sich Familienangehörige der Betroffenen.

Solidaritätsadressen

Abgeordnete überbrachten Solidaritätsadressen von Kolleginnen und Kollegen von Siemens, SBS, Fujitsu-Siemens, von Epcos, BMW und dem Infineon Haupt-

quartier, aber auch von den Organisatoren der Münchner Montagsdemos, vom Stadtrat und der Perlacher SPD.

Zunehmender Druck

Der Erste Bevollmächtigte der Münchner IG Metall, Kollege Harald Flassbeck zeigte den Zusammenhang mit dem allgemein zunehmenden Druck von Wirtschaft und Politik gegen Arbeitnehmer. Der Betriebsratsvorsitzende Jakob Hauser nannte die Pläne gar eine »Sauerei«.

Dass sich der Widerstand der Beschäftigten nicht auf Versammlungen und Kundgebungen beschränken wird, machte das Betriebsratsmitglied Rudi Steinberger abschließend klar.

Mit weißen Rosen gegen braunen Dreck Metaller gegen Nazis

Eine Großkundgebung des Münchner Bündnisses gegen Rechtsextremismus setzte am zweiten April in der bayerischen Landeshauptstadt ein friedliches Zeichen gegen den »braunen Spuk«.

Der Marienplatz war voll, als Oberbürgermeister Christian Ude am 2. April ans Rednerpult trat. »München hat von Nazis die Nase voll«, sagte Ude. Ein gleichlautendes Spruchband zierte auch das Rathaus.

Tausende Münchner waren dem Aufruf gegen eine Demonstration von Nazis zur selben Zeit gefolgt. Viele IG Metall-Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte waren dabei.

Auf Transparenten und mit der weißen Rose als Symbol des Widerstands gegen den Nationalsozialismus machten sie ihren Abscheu gegen den Auftritt der Rechtsextremisten in der Landeshauptstadt deutlich. Mit dabei waren auch Infineon-

Beschäftigte aus der von Schließung bedrohten Perlacher Chipfertigung, unter ihnen viele ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

An die Zukunft denken

Unter dem Motto »Arbeitsplatzvernichtung fördert Rassismus« wiesen sie mit Plakaten und Flugblättern auch den (nicht anwesenden) Infineon-Vorstand darauf hin, dass die sozialen Folgen von Arbeitsplatzvernichtung oft zu Rassismus führen und appellierten: »Denken Sie an Ihre und unsere Zukunft.«

Im Anschluss an die Kundgebung auf dem Marienplatz zogen viele Demonstranten zur Wegstrecke der Nazis in Richtung Theresienwiese. Wortgewaltig, mit Trillerpfeifen und roten Karten wurde ihnen mitgeteilt, dass man den braunen Dreck in München nicht haben will, und schon gar nicht Nazi-Demonstrationen.



Die Beschäftigten der Chipfertigung bei Infineon in Perlach demonstrieren gegen den geplanten Abbau ihrer Arbeitsplätze mit einer Kundgebung unter Beteiligung von Anwohnern und Familienangehörigen

Tarifflucht im Handwerk - KFZ und Elektro

Das Handwerk und der goldene Boden

Hartz IV, Ich-AG, Dienstleistungsrichtlinie der EU, Dumpingpreise und totale Konkurrenz bedrohen die Existenz des deutschen Handwerks.

Doch anstatt mit der IG Metall gemeinsame Ziele zu verfolgen, treten die Handwerksverbände die Flucht aus den Tarifverträgen an.

Hat das Handwerk noch goldenen Boden, oder wird das Handwerk in den Boden gestampft? Diese Frage stellte Wolfgang Rhode, Vorstand der IG Metall für den Bereich Handwerk und KMU, auf dem 9. Gesellentag der Handwerkskammer in Potsdam im Januar diesen Jahres.

Die Angriffe auf handwerkliche Strukturen sind vielfältig und kommen von den Befürwortern einer unbeschränkten Konkurrenz in Europa aber auch bei uns. Es beginnt mit der Gruppenfreistellungsverordnung, deren letzte Stufe im Oktober dieses Jahres durchgeführt wird, und endet mit der Dienstleistungsrichtlinie, die derzeit noch im

Entwurf ist. Erstere ermöglicht es europäischen Großinvestoren Discounter für den KFZ-Handel in Deutschland zu installieren, letztere birgt die Gefahr der Zerstörung des Handwerks durch Dumpinglöhne. So soll es künftig möglich sein, Dienstleistungen in Deutschland anzubieten, und die Löhne der Herkunftsländer (zum Beispiel Lettland) zu bezahlen. Im Baugewerbe hat die Bundesregierung schon Ende der 90er Jahre mit dem Entsendegesetz entgegengewirkt, welches einen Mindestlohn für in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmer der Baubranche festlegt.

Hartz IV als Kaufkraftminderer und Ich-AGs als eine sich selbst ausbeutende Konkurrenz verschärfen die Situation des Handwerks ebenso wie die berühmten Ein- oder Zwei-Euro-Jobs. Doch weil das noch nicht genug ist, glauben einige Arbeitgeberfunktionäre nun ein Allheilmittel gegen die Gefährdungen gefunden zu haben. Sie blasen zum Generalangriff auf die

freien Gewerkschaften, indem sie Tarifverträge kündigen oder sich weigern, Entgelttarifverträge abzuschließen. Anstatt mit der IG Metall gemeinsam Einfluss auf die Politik zu nehmen, zum Beispiel auf die Gestaltung der

Dienstleistungsrichtlinie, wollen sie durch Aufkündigung einer funktionierenden Sozialpartnerschaft das Kind mit dem Bade ausschütten. Dass sie sich da nicht eine blutige Nase am goldenen Boden holen.



Die Fahne der IG Metall bleibt auch im Handwerk

Elektrohandwerk

Sicherungen durchgeknallt

Der Landesinnungsverband des Elektrohandwerks hat alle Tarifverträge mit der IG Metall gekündigt.

Anlass ist die Weigerung der IG Metall, im Zuge einer Lohnerhöhung Kürzungen bei der Urlaubsdauer hinzunehmen.

Das war ein echter Knüller in der letzten Verhandlung zwischen dem Landesinnungsverband und der IG Metall. Die Arbeitgeber bieten fünf Prozent Lohnerhöhung obwohl die IG Metall nur 3,5 Prozent gefordert hatte. Der Haken an der ganzen Geschichte: Für jeden Prozentpunkt sollte ein Tag Urlaub von den derzeit tariflich 30 Tagen eingebracht werden. Ob für die zusätzlichen fünf Arbeitstage auch Beschäftigung vorhanden ist, das glaubten die Herren selbst nicht. Entlassungen wären also die Folge gewesen.

Nach etwa einem Jahr Sendepause kam der Hammer: Kündigung der Tarifverträge und gleichzeitig Klage gegen die IG Metall. Die Arbeitgeber wollen der IG Metall im Elektrohandwerk die Tariffähigkeit gerichtlich aberkennen lassen. Gleichzeitig schließen sie aber Tarifverträge mit den »Christlichen« ab, die in ganz Deutschland nicht so viele Mitglieder wie die IG Metall im Elektrohandwerk in Bayern hat. Elegant glaubt der Innungsverband die Arbeitnehmer gegeneinander ausspielen zu können. Schlimm genug, dass sich die »Christlichen« dafür hergeben, das kann sogar den Untergang der kleinen Verbandsmitglieder beschleunigen, weil auch im Elektrohandwerk selbst dadurch die Schmutzkonkurrenz zunimmt. Es gewinnen die großen.

Tarifvertrag gekündigt – was tun?

Erste Regel:

Es gibt keine Veranlassung, irgend etwas beim Arbeitgeber zu unterschreiben. Arbeitgeber versuchen jetzt Einzelverträge abzuschließen, die in der Regel die schlechteren Bedingungen enthalten, die sie bei der IG Metall nicht durchsetzen konnten.

Nachwirkung des Tarifvertrags:

Ist ein Tarifvertrag gekündigt und ist die Kündigungsfrist abgelaufen, so wirken seine Bestimmungen nach, bis eine andere Abmachung an seine Stelle tritt. Also: nichts unterschreiben, dann tritt auch nichts Schlechteres in Kraft.

Bei Austritt aus dem Verband:

Ist ein Arbeitgeber aus dem Verband ausgetreten, so gilt der Tarifvertrag nach wie vor so, als wäre der Arbeitgeber Mitglied des vertragschließenden Verbandes. Das gilt, bis der Tarifvertrag beendet wird (Kündigung und Ende der Kündigungsfrist). Danach tritt die Nachwirkung ein.

Eintreten in die IG Metall:

Jetzt gilt es, Flagge zu zeigen. Mit dem Eintritt der IG Metall kann die Wirkung des Tarifvertrags gesichert und die Kampfkraft gestärkt werden.

Die Zitterpartie um das Fronberger Eisenwerk ist beendet

Eine »gusseiserne Lösung« ist perfekt

Die Firma Gebrüder Gienandt-Eisenberg (Rheinland-Pfalz) hat das Eisenwerk in Fronberg übernommen und damit 133 Arbeitsplätze gesichert.

Der große Einsatz der Belegschaft habe entscheidend dazu beigetragen, dass das Werk weiter bestehen kann, sagte Insolvenzverwalter Dr. Hubert Ampferl. Die Gießerei Fronberg befand sich seit Herbst 2002 in Insolvenz. Seither wurde die Beleg-

schaft von ehemals 225 auf 133 Mitarbeiter reduziert. »Das hat sehr weh getan«, sagte Betriebsratsvorsitzender Max Dobrogowski.

Die Fronberger haben sich aber dennoch auf die Hinterbeine gestellt und zusammen mit dem Insolvenzverwalter die Firma gerettet. Dr. Ampferl aus der renommierten Kanzlei Dr. Beck und Partner (Nürnberg) sprach den Arbeitnehmervertretern ein

großes Lob aus. Dobrogowski habe zusammen mit dem Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Regensburg, Walter Meyer, »buchstäblich bis zur letzten Minute um den Betrieb und den Erhalt der Arbeitsplätze gekämpft«. Nach Meyers Auskunft stand die Übernahme noch zwei Tage vorher auf Messers Schneide.

Einige Kollegen, die arbeitsgerichtlich gegen eine Entlas-

sung gekämpft hatten, ließen diese Klagen nun fallen. Im Gegenzug steht ein Budget zur Verfügung, aus dem Abfindungen gezahlt werden. Der neue Eigentümer stellt sogar Wiedereinstellungen in Aussicht. Vertraglich sei abgemacht, sagt Meyer, dass »Ehemalige« dann zuerst geholt werden sollen. Die Gussformenhersteller im Eisenwerk können mit ihren Kollegen jetzt tief durchatmen.

Faurecia Bad Abbach

Viele Jobs weg, weil BMW nicht Wort hält

35 Mitarbeiter wurden bereits entlassen, weil BMW Dingolfing die versprochenen Stückzahlen nicht abgerufen hat. 35 weitere Arbeitsplätze stehen bis August auf der Kippe.

Somit hätte Faurecia in einem Jahr 25 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut. Der Betriebsrat meint, so sollte BMW nicht mit einem zuverlässigen Zulieferer umgehen. Schließlich habe auch BMW eine soziale Verantwortung.



Das neue Leitungsgremium des OJA

Ortsjugendausschuss in Regensburg Neues Gremium gewählt

Im März hat sich der Ortsjugendausschuss (OJA) in Regensburg eine neue Führungsspitze gewählt.

Der langjährige Vorsitzende, Ludwig Greipl (MR), trat aus persönlichen Gründen von seinem Mandat zurück und gab den Weg frei für eine neue und junge Führungsscrew.

Vertreten sind im Ortsjugendausschuss Regensburg: Monika Matok, Siemens VDO-JAV; Tobias

Müller, BMW-JAV; Koray Sakaoğlu, BMW-JAV; Marina Faltermeyer, Infineon-JAV; Alexander Schwanke, Krones.

Wir möchten uns herzlich bei Ludwig (Paula) für seine langjährige OJA-Arbeit bedanken – die nicht immer einfach war, viel Zeit und Engagement erforderte, aber auch Spaß machte.

Wir wünschen dem neuen Leitungsgremium viel Erfolg bei seiner Arbeit.

Reisen bildet

Buddhatempel und Transrapid – Betriebsräte in China

Im Rahmen eines internationalen Seminars war eine Delegation mit 45 Mitgliedern in China.

Schwerpunkte waren Betriebsbesuche in Peking, Shanghai und Wuxi. In Shanghai wurden Niederlassungen deutscher Betriebe wie INA, Krones, Infineon sowie ein deutsches Ausbildungszentrum für Industriemechaniker besucht.

Neben Arbeitsbedingungen, Löhnen und Arbeitszeiten informierte man sich auch über die Lebensbedingungen der Bevölkerung, die Bildungssituation und die ärztliche Versorgung.



Mitglieder des Ortsvorstands der Verwaltungsstelle auf der großen Mauer

Klaus Ernst zur Rahmenvereinbarung Zukunftsprogramm bei ZF Sachs

Für Sachs-Beschäftigte akzeptabel – aber richtig?

Es war absehbar: Siemens-Beschäftigten wurden längere Arbeitszeiten abgepresst, Daimler-Beschäftigten ein millionenschweres Sparprogramm, Beschäftigten im ZF-Konzern Senkung der Lohnkosten.

Dass da auch der Sachs-Vorstand lange Zähne hat, war nicht überraschend. Erhellend allerdings waren die Forderungen, mit denen der Vorstand den Betriebsrat konfrontierte: Man wollte die tariflich abgesicherten Schichtzuschläge genauso streichen wie die Überstundenzuschläge. Unsittliche Forderungen, denn dem Betriebsrat ist es nach unserem Recht nicht gestattet, Tarifverträge zu verschlechtern.

Das konnte abgewehrt werden. Die Rahmenvereinbarung »Zukunftsprogramm der ZF Sachs AG« ist kein Tarifvertragsbruch. Entsprechend der Tarifvereinbarung aus dem Jahre 2004 werden die Tabellenlöhne um zwei Prozent angehoben. Die Kompensation mit nicht im Tarifvertrag abgesicherten Positionen

ist zulässig. Die Sachs-Beschäftigten erhalten dafür eine Beschäftigungssicherung bis zum 30. Juni 2010. Zusätzlich wird eine Erfolgsprämie ausbezahlt, die im Jahr 2005 für viele die Anrechnung des Tarifergebnisses wieder ausgleicht. Für Sachs-Beschäftigte insgesamt eine gute Sache.

Trotzdem: Der Weg, permanent die Kostenschraube in den Betrieben, insbesondere bei Löhnen und Gehältern, zu drehen, macht die Arbeitsplätze in unserem Lande nicht sicherer, sondern würgt die Konjunktur ab.

Inzwischen fordern namhafte Ökonomen eine Erhöhung von Löhnen und Gehältern, um die Nachfrage in unserem Land zu beleben, damit Investitionen getätigt und Beschäftigung entstehen kann. Deshalb ist Vorsicht geboten und Nachahmung nicht empfohlen. Eine Lohnentwicklung, die hinter der gesamtwirtschaftlichen Produktivitäts- und Preisentwicklung zurückbleibt, gefährdet Arbeitsplätze auch

dann, wenn eine noch so gute Beschäftigungssicherungsvereinbarung geschlossen wurde.

Andere Teile der Vereinbarung sind ausschließlich positiv zu bewerten. Etwa die Absicht, in einem Projekt »Insourcing« zu prüfen, welche ausgelagerte Produktion wieder bei ZF Sachs selbst erfolgen kann.

Positiv ist auch die Klarheit in der Vereinbarung, dass die Produktionsplanung auf maximal 15 Schichten pro Woche beruht, also das Wochenende nicht von vornherein als regelmäßiger Arbeitstag beabsichtigt ist. Dies würde auch dem Tarifvertrag widersprechen. Unter bestimmten Voraussetzungen wird auch wie bisher am Samstag gearbeitet werden, um Kapazitätsengpässe auszugleichen. Dabei ist die Möglichkeit und die Verpflichtung vereinbart, Überstunden mit Zeit auszugleichen und nur die Zuschläge in Geld zu bezahlen. Mit der Vereinbarung insgesamt können also die Beschäftig-

ten von Sachs zufrieden sein. Gemessen an äußerst fragwürdigen Vereinbarungen, die zurzeit in der Republik abgeschlossen werden, hat der IG Metall-Betriebsrat eine Vereinbarung geschlossen, die die Tarife nicht gefährdet und viele positive Elemente enthält. Trotzdem funktioniert auch sie nur, wenn das Lohnniveau hierzulande nicht sinkt, sondern steigt.

Mitglied des Monats

»Ich war davon überzeugt, dass ich mit meiner guten Qualifikation und meiner Leistungsbereitschaft in einem



Unternehmen wie der IBM keine Sorgen um meinen Arbeitsplatz zu haben

brauche. Die anfallenden »Probleme« regelt der Betriebsrat – alles ein langer ruhiger Fluss.

Bis zum März 2005. Die Firma kündigt die Streichung des Standorts an: 342 sollen ihren Job verlieren. Mir und vielen anderen wurde sehr schnell klar, dass wir alleine völlig machtlos gegen solche Unternehmensentscheidungen sind.

Die IG Metall war sofort zur Stelle und hat uns bei der Organisation der Gegenwehr geholfen und unterstützt. So bleibt ein Funke Hoffnung. Deshalb bin ich jetzt auch Mitglied geworden«.

Bruno Weimann,
beschäftigt bei IBM-BS
in Schweinfurt

IG Metall lehnt Verschlechterungen der Tarifverträge ab

»Auch in der Rhön gelten weiter die 35«

Die Geschäftsleitungen der mittelständischen, tarifungebundenen Firmen Berner, Bischofsheim (90 Beschäftigte) und Weißenberger, Mellrichstadt (100 Beschäftigte), beide im Werkzeug- und Sondermaschinenbau tätig, haben ihre Betriebsräte und Beschäftigte mit der Forderung von Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich auf 40 Stunden konfrontiert.

Nach Einschaltung der IG Metall Schweinfurt klärte die zunächst ab, dass solche Forderungen aufgrund der Sperrwirkung des Paragraphen 77.3 BetrVG an die zuständige Gewerkschaft zu richten sind. In beiden Betrieben wurden die Geschäftsleitungen von der IG Metall informiert, dass

solch erhebliche Tariföffnungen nur vor dem Hintergrund des Sanierungsfalls oder einer Insolvenzgefahr möglich sind. Nach Einschätzung der jeweiligen Betriebsräte und des zuständigen politischen Sekretärs Matthias Gebhardt ist diese Situation in beiden Betrieben nicht gegeben. Nicht zuletzt deshalb kann eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich nicht die Lösung sein. Sie geht einzig und allein an den Geldbeutel der Belegschaft.

Bei Mitglieder- und Betriebsversammlungen und Verhandlungsgesprächen mit den Geschäftsleitungen ist das Ziel für die jeweiligen betrieblichen Tarifkommissionen klar: Poten-

ziale im Bereich Betriebsorganisation und Prozessoptimierung können genutzt werden, Anwendung des Beschäftigungssicherungstarifvertrags, verstärkte Nutzung oder Einführung der Altersteilzeit, freiwillige Aufhebungsverträge und Beiträge von leitenden Angestellten und Geschäftsleitungen sind Möglichkeiten, Kostenprobleme in den Griff zu bekommen.

Die weiteren Gespräche und Verhandlungen werden von der IG Metall vor dem Hintergrund der diesjährigen Tarifierhöhung im Volumen von 2,7 Prozent und einem beachtlichen Mitgliederzuwachs seit Beginn der Tarifkonflikte geführt.

Dialog mit Bündnispartnern

Delegierte als Netzwerker



Das Podium bei der Delegiertenversammlung war voll besetzt, viele Partnerverbände waren unserer Einladung gefolgt

Gerade in Zeiten des größten politischen Gegenwinds müssen die Gewerkschaften den Schulterschluss mit möglichen Bündnispartnern verstärken, um nicht einzeln als »Sozialklimbim« unter die Räder zu kommen.

Die Delegiertenversammlung präsentierte sich folglich als Plattform für das »Netzwerk Dialog mit sozialen Gruppen«.

Ziel war, den Informationsaustausch zu organisieren, Einblicke in die unterschiedlichen Arbeitsweisen zu bekommen und Berührungspunkte für

gemeinsame Aktionen zu definieren.

Susanne Synek präsentierte amnesty international als Menschenrechtsorganisation, die auch schon viele Gewerkschafter aus Haft befreien konnte.

Joachim Rösler stellte die Arbeiterwohlfahrt als Verband vor, der vor allem der Senioren- und Jugendarbeit verpflichtet ist.

Sabine Aschenbrenner vom Diakonischen Werk betonte die immer brisanter werdende Arbeit der Schuldnerberatungen.

Dieter Stuka strich die vielfältigen Verdienste der Betriebsseelsorge um Arbeitsplatzerhalt und Mobbingbekämpfung heraus.

Paul Saffenreuther von Greenpeace skizzierte die engmaschige Verflechtung von Umwelt- und Arbeitnehmerinteressen.

Klaus Ortner vom VdK stellte die Mitgliedererfolge des Sozialverbands aufgrund solider Interessenvertretung und regionaler Verankerung heraus.

Thomas Sommer vom Sozialforum Passau warb um koordinierte Aktionen gegen Sozialabbau und interessierte Mitarbeit von IG Metall und DGB.

Veronika Schandler vom PLATeam an der Universität Passau dankte für den Zuschuss zu ihrer Arbeit und brachte Beispiele für die prekäre Soziallage in Lateinamerika.

Als Fazit konnte jeder Delegierte die Botschaft mit nach Hause nehmen, dass wir IG Metall nicht so alleine stehen, wie es Teile von Wirtschaft und Politik gerne hätten.



»Wir können auch anders.« Mit diesem Slogan der IG Metall-Jugend gestalteten Mitglieder des Ortsjugendausschusses in der Passauer FuZo einen Infostand. Als besonderen Blickfang hatten Wolfgang Nirschl, Susanne Sitzberger & Co. sich eine »Bodengrafik« mit Verdienstsäulen zum Vergleich von Azubis und Facharbeitern mit Einkommensmillionären wie Josef Ackermann oder Oliver Kahn einfallen lassen

Frohbotschaft für Regen erhofft Kreuzweg für Arbeit

Im Vorjahr hatten die Rodenstockler den Kreuzweg erstmals organisiert und hoch oben über der B 25 das mahnende »Kreuz der Arbeitslosigkeit« errichtet.

Heuer hatten Vertrauensleute und Betriebsräte mit dem Regener Stadtpfarrer Josef Ederer eine andere Konzeption gewählt.

Nach einer zusammen mit Betriebsseelsorger Dieter Stuka zelebrierten Gründonnerstagsmesse zog die Prozession über zehn Stationen mit Fürbitten um eine gerechtere Welt hinauf zum Kreuz, um den »Baum der Hoffnung« zu pflanzen.

Der Symbolik muss der Trend nun folgen.

Hoffnung auf Arbeit nämlich wird zunehmend enttäuscht.



Gemeinsam pflanzen Pfarrer Ederer und Vertrauenskörper-Leiter Karl-Heinz Hödl den »Baum der Hoffnung«

Termine

► 8 Mai: Gedenktag 60 Jahre Kriegsende

► 12 Mai: DGB »Bayern gestalten III« – Steuern/Verteilungsgerechtigkeit, FH Deggendorf

► 1. Juni: DGB Niederbayern, Aktionstag zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, Plattling

► 3. und 4. Juni: Wochenendschulung »ERA«, Bernried

► 17. und 18. Juni: Wochenendschulung »Kommunikation für Einsteiger«, Bernried

Sozialwahlen Vergessene Selbstverwaltung

Demokratie funktioniert nur bei Beteiligung möglichst vieler – insoweit ist das Schattendasein der Sozialwahlen bedrohlich für die Beteiligung der Gewerkschaften an der Selbstverwaltung von BfA/LVA, Krankenkassen und Berufsgenossenschaften.

DGB und IG Metall treten in den Sozialversicherungszweigen mit eigenen Listen an und fordern alle Funktionäre auf, die Werbetrommel zu rühren.

Für die Verwaltungsstelle Passau geht es darum, unsere hohe Präsenz in den Berufsgenossenschaften auch in der nächsten Periode 2005 bis 2011 zu sichern.